Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsständern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. 1 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A. 1, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang — Dresden, Dienstag den 5. Juni 1928 — Nummer 129

Peking geräumt

Tschangtsolin auf der Flucht — Die Verhandlungen um die Bildung der Großen Koalition im Gange

Der verprügelte Polizeivizepräsident

Am vergangenen Sonnabend ist es, wie wir bereits berichteten, im Osten Berlins zu schweren Uebergriffen und rücksichtslosen Gummiknüppelattacken der Schupo gekommen.

Polizeivizepräsident Dr. Weiß

Die Schupo schlug wüst und bedenkenlos auf die von einer Versammlung kommenden Passanten ein. Der kommunist. Abgeordnete Paul Hoffmann versuchte diesem Treiben Einhalt zu gebieten. Er sah plötzlich den ihm bekannten Vizepolizeipräsidenten von Berlin, Dr. Bernhard Weiß, in seinem Wagen ankommen und ersuchte ihn, dem Treiben seiner Beamten Einhalt zu gebieten. Im Augenblick, als Weiß aus seinem Auto stieg und den Befehl erteilen wollte, die Gummiknüppel nicht mehr zu gebrauchen, wurde Dr. Weiß selbst von seinen eigenen Polizisten mit Knüppeln geschlagen. Auch sein Ruf: **„Ich bin der Vizepolizeipräsident!"** half ihm zunächst nichts.

Ueber die Vorkommnisse am Sonnabend hat sich nun der Polizeivizepräsident Weiß dem Berichterstatter des Berliner Tageblattes gegenüber folgendermaßen geäußert. Er erklärte u. a.:

„Es kam plötzlich zwischen den Beamten der Schutzpolizei und den Demonstranten zu Reibereien. Da ich mich mitten in der Menge befand, versuchte ich zunächst zu verhindern, daß die Beamten ohne ersichtlichen Grund zu ihren Waffen griffen. Ich gab mich als Vizepräsident zu erkennen und forderte die bereits vor meinen Augen dreinschlagenden Beamten zur Besonnenheit auf, konnte jedoch nichts mehr erreichen und wurde dabei selbst von einem jüngeren Schutzpolizisten mehrmals mit voller Kraft mit dem Gummiknüppel über den Rücken und den linken Arm geschlagen. Die Schläge sind mit solcher Roheit ausgeführt worden, daß mehrere Stellen an meinem Körper stark blutunterlaufen sind. Ich selbst mußte mich zurückziehen, um nicht noch weitere Schläge von diesem jähzornigen Beamten zu erhalten. Dadurch war es auch nicht möglich, sogleich die Feststellung dieses Polizisten veranlassen zu können. Ich habe mich gleich darauf nach dem Polizeipräsidium begeben und dem Präsidenten Anzeige über den Vorfall erstattet."

Gestern haben nun im Berliner Polizeipräsidium die Untersuchungen über den unerhörten Vorfall stattgefunden. Das Berliner Tageblatt berichtet darüber: „In dem gestrigen mündlichen Vortrag der beteiligten Offiziere bei Zörgiebel konnte **kein ausreichender Grund zur Anwendung der Hiebwaffe seitens der Beamten vorgebracht werden.** Auch will **keiner der Offiziere den Befehl zum Prügeln gegeben haben.** Alle bisher von der Abteilung Ia vernommenen Zeugen, die zum größten Teil keiner Partei angehören, sagen übereinstimmend aus, **daß das Verhalten der Schupo auf das schärfste zu verurteilen sei.** Bisher haben die betreffenden Beamten der Schutzpolizei, die ihren Vizepräsidenten verprügelten, noch nicht den Mut aufgebracht, sich zu melden.

Der Vorgesetzte des Vizepräsidenten Weiß, der Sozialdemokrat **Zörgiebel**, hat nun ebenfalls zu dieser Glanzleistung seiner „schlagfertigen" Polizeigarde Stellung genommen und sich einem Vertreter der Hugenbergschen Nachtausgabe gegenüber geäußert:

„Was den Vorwurf betrifft, daß die Polizeibeamten beim Zusammenstoß zu scharf vorgegangen wären, so lasse ich auch diese Frage klären. Ich bin aber keinesfalls der Ansicht, daß sich die Beamten totschlagen lassen müssen, bevor sie das Recht haben, zur Waffe zu greifen."

So zeigt sich der Sozialdemokrat Zörgiebel als Verfechter rücksichtsloser Polizeiwillkür und verteidigt die Gummiknüppelmethoden seiner Schergen. Das heilsame Abenteuer des Polizeipräsidenten Dr. Weiß, der jetzt das Opfer seiner eigenen Beamten geworden ist, bestätigt die fortgesetzten Klagen über die wachsende Rücksichtslosigkeit der Schupo, die bei jeder Gelegenheit den Gummiknüppel zieht und blindwütend einherschießt. Jetzt hat nun einer der Polizeigewaltigen unvergeßliche und wirksame Eindrücke über die Art und Weise erhalten, wie sich die angeblich republikanisierte „Volks"polizei bei den harmlosesten Zwischenfällen aufführt. Das Prügeln scheint der Polizei des Sozialdemokraten Zörgiebel so in Fleisch und Blut übergegangen zu sein, daß der Gummiknüppel nicht einmal zum Stoppen zu bringen war, als ihnen der Polizeipräsident in eigener Person Einhalt gebot. Der wildgewordene Polizeiknüppel, der selbst vor dem demokratischen Rücken des Herrn Dr. Weiß nicht halt macht, illustriert besser als alles andere, wie unter der Leitung sozialdemokratischer Polizeipräsidenten mit alter wilhelminischer Schneidigkeit gegen die Arbeiter vorgegangen wird. Wenn es dann zu irgendwelchen Prozessen wegen Mißhandlungen der Polizei kommt (solche Prozesse haben wir auch in Dresden zu verzeichnen), dann tritt die Polizei stets auf, um die Unschuld zu beweisen. Der neue Fall in Berlin hat wenigstens das eine Gute, daß einmal einer der Prominentesten höchstpersönlich eine Abreibung erhalten hat. Ob das etwas nutzen wird, bleibt noch der Aeußerung des Sozialdemokraten Zörgiebel zu bezweifeln.

Attentat auf Tschangtsolin

London, 4. Juni. (Telunion.)

Aus Mukden in Tokio eingegangene Meldungen besagen, daß eine Brücke in die Luft gesprengt wurde in dem Augenblick, als der Sonderzug Tschangtsolins vorbeifuhr. Vier Wagen des Sonderzuges wurden zerstört. Die Zahl der Toten soll sehr groß sein. Tschangtsolin selbst kam mit leichten Verletzungen davon.

•

Tokio, 4. Juni. (Telunion, Kabeldienst).

Zu dem Bombenattentat auf den Sonderzug des Marschalls Tschangtsolin werden aus Mukden noch folgende Einzelheiten berichtet: Das Bombenattentat fand unmittelbar bei der Einfahrt in Mukden statt. Als der Sonderzug des Marschalls die Brücke bei Laotaotao passierte, wo die südmandschurische Eisenbahn die Tientsin—Mukden-Eisenbahn kreuzt, explodierte unter dem Wagen Tschangtsolins eine Bombe, die diesen und zwei andere Wagen schwer beschädigte. Tschangtsolin wurde durch Splitter im Gesicht verletzt, ebenso der ihn begleitende General Watschuntsun. Auch von den zur Begrüßung erschienenen Persönlichkeiten wurden eine größere Anzahl verletzt, andere getötet. Unter den Getöteten befindet sich der japanische Major Giga, der sich als Ratgeber bei Tschangtsolin befand. Tschangtsolin wurde sofort im Auto in sein Mukdener Schloß gebracht, wo er ärztlich behandelt wird. Nach dem Attentat spielten sich beispiellose Szenen ab. Die Eisenbahnbrücke geriet in Brand und die Leibwache Tschangtsolins eröffnete ein zielloses Feuer nach allen Seiten. Wie es heißt, sind die Todesfälle hierauf zurückzuführen.

Der Bombenanschlag hat in den japanischen Kreisen ungeheures Aufsehen erregt, da man befürchtet, daß der Bombenanschlag das Signal zu einer allgemeinen Erhebung abgeben wird. Wer den Anschlag verübt hat, ist, trotz zahlreicher Verhaftungen, noch nicht ermittelt. Gerüchtweise verlautet, daß die Urheber des Attentats mit einem Ausschuß zur Befreiung der Mandschurei in Verbindung stünden, den die Polizei vor kurzem ermittelt habe. Die japanische Polizei hat die Leitung der Untersuchung übernommen.

•

Tschangtsolin in Mukden eingetroffen

Tokio, 4. Juni. (Telunion.)

Nach Meldungen aus Mukden ist Marschall Tschangtsolin in der Hauptstadt der Mandschurei eingetroffen. Pressevertretern gegenüber erklärte Tschangtsolin, daß ein Teil seiner Truppen zu Feng übergetreten sei.

•

Feng marschiert in Peking ein

London, 4. Juni. (Telunion.) Wie aus Schanghai gemeldet wird, herrscht in ganz China die größte Freude über die Aufgabe Pekings durch Tschangtsolin. In führenden Kreisen Südchinas ist man jedoch noch im Zweifel, ob dem General Feng, dessen Vorhut heute in Peking einmarschieren soll, zu trauen ist und ob Tschangtsolin nicht doch noch zu einem überraschenden Gegenstoß vorgehen wird.

Für die nächsten Tage ist Peking von jedem Verkehr abgeschnitten. Der Einzug der Südtruppen in Peking dürfte aber in aller Ruhe erfolgen. Zwei Tschangtsolin-Minister befinden sich noch in der Hauptstadt, die die Uebergabe Pekings regeln sollen. Der Außenminister steht dem diplomatischen Korps zur Verfügung, der Innenminister sorgt für die Uebergabe der Polizeiverwaltung an die Südtruppen. General Tschiangkaischek hat seinerseits den General Yen mit der Uebernahme der politischen Gewalt in Peking betraut.

Die sächsische Krise

Stahlhelmaufmarsch und Koalitionspolitik — Wichtige Entscheidungen in dieser Woche

Das Verbrüderungsfest zwischen Sozialdemokratie und Stahlhelm anläßlich des **Stahlhelmtages in Hamburg** am vergangenen Sonnabend und Sonntag gibt der deutschen Arbeiterschaft einen Vorgeschmack der „Segnungen" der künftigen Bürgerblockkoalition. Der Hamburger Koalitionssenat hat die Stahlhelmführer am Donnerstagabend offiziell empfangen. In diesem Hamburger Koalitionssenat sitzen acht Sozialdemokraten, die vor Herrn Seldte und Düsterberg ihre Reverenz gemacht haben. Welche politischen Ziele der Stahlhelm verfolgt, das offenbart wieder einmal in aller Deutlichkeit die Sonntagsausgabe der deutschnationalen „Deutschen Zeitung". Das Stahlhelmblatt veröffentlicht Zuschriften der Führer der Landesverbände des Stahlhelms. Einer dieser Helden, der Führer des Gaues Anhalt, proklamiert den Stahlhelmsieg mit folgenden Worten:

„Darum Gnade Euch Gott, ihr Volksverderber — **denn wer an Gott glaubt, ist immer in der Majorität!** Heraus aus dem Kalk, ihr Parteiführer, ihr Staatsmänner und Geistesprominente aller Art! Der „Stahlhelm" marschiert, dem Irrsinn dieser Zeit zum Trotz! Wach auf, du deutsches Volk! Der „Stahlhelm" marschiert und mit ihm die Jugend der Nation! Darum **vorwärts mit Gott für Volk und Vaterland unter schwarz-weiß-rotem Panier** in dem einen Ziel: Deutschland soll frei sein, innen wie außen!"

Diesem Stahlhelm haben die sozialdemokratischen Führer in Hamburg ihre Aufwartung gemacht und der sozialdemokratische Polizeisenator Schönfelder hat mit beispielloser Brutalität jede Gegendemonstration der Arbeiterschaft zu unterdrücken versucht. Hamburg ist ein neues Signal für die fortschreitende Verbrüderung zwischen Reichsbanner und Stahlhelm. Die **Koalitionspolitik** der SPD muß diese Annäherung fördern. Damit werden die Reichsbannerarbeiter vor die Frage gestellt, ob sie auch nur noch einen Tag länger im Reichsbanner bleiben können. Wir sind überzeugt, daß jeder klassenbewußte Arbeiter diese Frage sehr rasch beantworten wird, wenn er die Politik der sozialdemokratischen Führer in ihrer vollen Bedeutung erkannt hat. Hamburg hat wieder bewiesen, daß die Führung der Arbeiterklasse in ihrem Kampfe gegen die kapitalistische Republik, gegen Stahlhelm und Faschismus, in den Händen der Kommunistischen Partei liegt. Die Kommunistische Partei ist die einzige Partei, die den Widerstand der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung und politische Unterdrückung organisiert. Die Kommunistische Partei kann diese Führerrolle nur deshalb ausüben, weil sie die Arbeitermassen auf dem Boden des Klassenkampfes sammelt und gegen jede Koalitionspolitik den energischsten Kampf führt.

•

Der Parteiausschuß der SPD tritt am Mittwoch in Köln zusammen. In der Sonntagsausgabe des „Vorwärts" wird den sächsischen „Linken" noch einmal der Marsch geblasen. Der „Vorwärts" bezeichnet die Koalitionspolitik als „ein notwendiges Entwicklungsstadium". Ausdrücklich betont der „Vorwärts" gegenüber dem Manöver der sächsischen sozialdemokratischen Presse, daß von irgendwelchen Richtlinien, Erklärungen und Bedingungen